

Jim O'Connor

Die Konferenz von Seattle und die Anti-WTO-Bewegung

1. Große Einsätze

Bei der Konferenz der Welthandelsorganisation (WTO) im letzten November in Seattle stand mehr auf dem Spiel als allgemein wahrgenommen wurde. Erstens stellte sich die Frage, welche Rolle der Außenhandel und die ausländischen Investitionen zukünftig in der Weltwirtschaft spielen werden; damit hängt auch die Bedeutung der WTO und anderer, für den Weltmarkt wichtiger Organisationen zusammen. Mit dieser ersten Frage verbunden ist eine zweite: Welche Rolle werden die organisierte Arbeiterbewegung, die organisierte Umweltbewegung und – in Ermangelung einer besseren Bezeichnung – die „Internationalisten“ in einer zukünftigen Anti-WTO-Bewegung spielen?

Der Außenhandel war bislang die treibende Kraft hinter dem Wachstum und der Entwicklung des weltweiten Kapitalismus, und die WTO war das wichtigste Mittel, um die weltweite Liberalisierung des Handels durchzusetzen. Daran wird sich aller Voraussicht nach auch in Zukunft nichts ändern. Von 1950 bis heute hat die Wachstumsrate der weltweiten Exporte die Wachstumsrate des weltweiten Sozialprodukts übertroffen. Wollte man eine vorgegebene Wachstumsrate der Weltwirtschaft realisieren, dann müßte die Rate der weltweiten Exporte beschleunigt ansteigen. Ohne einen Anstieg des Verhältnisses der Weltexporte zum weltweiten Sozialprodukt würde das letztere – alles andere als gleichbleibend vorausgesetzt – höchstwahrscheinlich absinken, was mit ernststen und unvorhersehbaren sozialen und politischen Folgen verbunden wäre.

Die kurze und stürmische Geschichte der WTO zeigt, welche Bedeutung die Liberalisierung des Welthandels insbesondere für die herrschende Klasse und die politische Elite der USA hat. Diese Liberalisierung schließt zwei eng miteinander zusammenhängende Punkte ein. Der erste bezieht sich auf die Erweiterung der Machtposition der WTO, um das global agierende Kapital gegen das lokale und nationale Kapital zu stärken. Auf die Spitze getrieben bedeutet diese Entwicklung, daß die globalen Finanzmärkte – die vom Finanzkapital kontrolliert werden –, die globale Produktion – beherrscht von den transnationalen Unternehmen – und die Weltmärkte für Güter und Dienstleistungen von jeglichen lokalen und nationalen Regulierungen befreit wer-

den. Zweitens schließt die Handelsliberalisierung ein, daß die WTO, das MAI (das noch auf Eis gelegte multilaterale Investitionsabkommen) und andere neue Institutionen, die gerne einen weltweiten Einfluß hätten, Marktökonomien in perfekt funktionierende Marktgesellschaften verwandeln. Der Begriff der Marktgesellschaft beschreibt einen Zustand der Gesellschaft, in dem Umweltgesetze, öffentliche Gesundheitsvorsorge, Verbraucherschutz, Arbeitsgesetzgebung und ähnliches – alles Gesetze und Regelungen, die aus sozialen Auseinandersetzungen und Klassenkämpfen hervorgegangen sind – nicht als soziale Fortschritte gelten, sondern als Hindernisse für den internationalen Handel, für ausländische Direktinvestitionen und ein kapitalistisches Wirtschaftswachstum. Eine der Stärken der globalisierungskritischen Bewegungen besteht darin, daß das eigentliche Ziel der Liberalisierung des Handels und der Investitionen enthüllt wurde: eine mehr oder weniger vollständige Warenförmigkeit der Welt zu erreichen. Diese neue Weltordnung würde die soziale und politische Regulierung der „Produktionsbedingungen“ beenden und rücksichtslos alle Institutionen privatisieren, die bisher als ein Maß für den sozialen Fortschritt galten: die Schulen und Universitäten, das Gesundheitssystem und der Wohlfahrtsstaat, Wissenschaft und Kultur sowie der Schutz der Umwelt. Das utopische neoliberale Modell einer vollständig kapitalistischen Welt baut zuerst Luftschlösser – nämlich die neoliberale Wirtschaftstheorie – und versucht anschließend, in ihnen zu leben – alle sozialen Beziehungen in Austauschbeziehungen zu verwandeln. Es ist wohl vor allem diese psychotische Natur des neoliberalen Modells gegen die sich die Anti-WTO-Bewegung in erster Linie richtet. Das dynamische Element der Anti-WTO-Bewegung scheint mir internationalistisch (statt globalistisch) und materialistisch (statt idealistisch) zu sein. Was die Bewegung vereint, ist der Versuch, der Unvernunft des Kapitalismus die Vernunft der Menschen entgegenzusetzen. Die Bewegung kommt voran, indem sie dem global agierenden Kapital den „Schleier herunterreißt“: den Schaden aufdeckt, den die internationalen Finanzmärkte anrichten, und sich dagegen zur Wehr setzt; das Elend anprangert, das vom Kapital weltweit verursacht wird; die Zerstörungen offenlegt, die das Kapital am Boden und anderen natürlichen Ressourcen anrichtet; das ganze Ausmaß der Irrationalität und der Verschwendung enthüllt, das in den kapitalistischen Gebrauchswerten enthalten ist.

Die Anti-WTO-Bewegung widersetzt sich dem Versuch, den Kapitalismus als eine neutrale „Marktwirtschaft“ zu definieren, denn hinter der Bühne, wo bereits die Schilder: „Privateigentum! Zutritt verboten!“ aus dem Boden schießen, wird deutlich, daß diese „Marktwirtschaft“ die menschliche Kultur und die Gesellschaftlichkeit zerstört, die Arbeit ausbeutet und die Natur auf unheilvolle Weise schädigt. Nicht zuletzt ist die WTO das Sprachrohr für die Vertreter des neoliberalen Modells von Demokratie, das nur formale Verfahren zur Wahl von Repräsentanten vorsieht, aber jeden radikalen demokratischen *Gehalt*, wie etwa soziale und ökonomische Gleichheit, vollständig ausspart.

Die Anti-WTO-Bewegung faßt zwar die Opposition gegen die kapitalistische Umgestaltung der Gesellschaft zusammen, sie ist aber zugleich hochgradig fragmentiert und weist vielfältige ideologische Differenzen auf: es ist eine Bewegung, die Reformer und Revolutionäre mobilisiert, Sozialisten und Anarchisten, kleine Bauern und die Vertreter einer regionalen Unternehmerschaft, Kommunitaristen, Umweltaktivisten, Vertreter der Arbeiterbewegung und der Studenten.

2. Die Vereinigten Staaten und die WTO

Da die Exporte des einen Landes die Importe des anderen sind, steigt das Verhältnis zwischen den weltweiten Importen und dem weltweiten BSP ebenfalls im Verlauf der Zeit. Einige Länder exportieren jedoch mehr als sie importieren, während es auf der anderen Seite Länder gibt, die mehr importieren als exportieren und somit „mehr als ihren Anteil“ dazu beitragen, die Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen am Weltmarkt aufrechtzuerhalten. Genau diese Rolle spielen die USA. Das Wachstum der amerikanischen Ökonomie war in den letzten Jahren stärker ausgeprägt als in jedem anderen wirtschaftlich wichtigen Land. Es betrug rund 4%, während die Weltwirtschaft im Durchschnitt mit 2-2,5% pro Jahr wuchs. Im Ergebnis sind die US-Importe kräftig gestiegen und haben damit die Exporte der Handelspartner angeregt. Der amerikanische Importüberschuß verhalf der Weltwirtschaft dazu, das Niveau der gesamten Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen – und damit das Wirtschaftswachstum – während der Finanzkrisen von 1997-98 aufrechtzuerhalten, die ihrerseits die Nachfrage nach amerikanischen Exportgütern stark gesenkt hatten. Im Herbst des letzten Jahres hatte die US-amerikanische Wirtschaft zum ersten Mal in ihrer Geschichte im Verhältnis zu jeder wichtigen Region innerhalb des Weltmarktes einen Importüberschuß zu verzeichnen, selbst im Handel mit Lateinamerika, das ein traditioneller US-Exportmarkt ist.

Welche Ursachen hatte das starke Wachstum der US-amerikanischen Wirtschaft, auf welchem der Anstieg der Importe und der Importüberschüsse beruht? Eine Antwort lautet: Es gab die größte Expansion der Unternehmens- und Haushaltskredite in der Geschichte und darin ist diejenige Verschuldung eingeschlossen, die zur Finanzierung des Imports von Energie, Rohmaterial, Kapital- und Konsumgütern notwendig war. Zwischen 1995 und 1999 stieg die Verschuldung der produzierenden Unternehmen um 60%, während die Verschuldung der Haushalte um 50% zunahm. Im dritten Quartal des Jahres 1999 stieg die Unternehmensverschuldung mit einer Jahresrate von 12%, die Konsumentenschulden mit 9%. Diese Wachstumsraten der Neuverschuldung sind sehr hoch, vor allem wenn man bedenkt, daß sie am *Ende* einer Wachstumsperiode aufgetreten sind. Wenn die US-amerikanische Konjunktur in

diesem oder im nächsten Jahr einbricht, dann werden die Unternehmen und die Haushalte finanziell sehr anfällig sein, woraus – alles andere als gleichbleibend unterstellt – eine deutlich tiefere Rezession folgen könnte, als es unter anderen Umständen der Fall wäre.

Das rasante Wachstum der inländischen Verschuldung in den USA war sowohl eine Ursache als auch eine Folge des wachsenden Sozialprodukts und der steigenden Importe. Es war eine Ursache in der Hinsicht, daß eine steigende Verschuldung das Wachstum und die Importe direkt beförderte. Der Anstieg der Verschuldung war eine Folge insoweit, als die steigenden Importe den inflationären Druck einzudämmen halfen, der im Verlauf des wirtschaftlichen Booms entstanden war. Dieser inflationäre Druck hätte unter anderen Umständen die amerikanische Notenbank zwingen können, die Zinssätze zu erhöhen anstatt sie zu senken, und zwar zu einer Zeit, in der das amerikanische Wirtschaftswachstum der in den Rezessionen von 1997-98 abflauenden Weltkonjunktur entgegenwirkte.

Gehen wir etwas mehr in die Details. Zunächst sollte man hervorheben, daß der Dollar auf den internationalen Devisenmärkten vergleichsweise stabil blieb, obgleich der amerikanische Importüberschuß wuchs; daher waren die amerikanischen Unternehmen und Konsumenten in der Lage, für ihr Geld mehr Güter auf ausländischen Märkten zu kaufen, als sie unter anderen Umständen hätten erwarten dürfen. Der starke Dollar resultierte wiederum aus zwei allgemeinen Faktoren, nämlich erstens aus dem schnellen amerikanischen Wirtschaftswachstum, dem rapiden Wachstum der Immobilienmärkte und der Börse sowie aus der Flucht von Geldkapital und spekulativen Fonds aus Asien und anderen Krisenregionen in die USA; zweitens trug ganz allgemein die amerikanische Vorherrschaft auf den Weltmärkten zu dieser Entwicklung bei.

Tatsächlich setzt die US-amerikanische Hegemonie die Gesetze von Angebot und Nachfrage auf den weltweiten Märkten für Dollar teilweise außer Kraft. In jedem anderen Land, das große Importüberschüsse aufbaut, würde die inländische Währung schnell entwertet mit der Folge, daß dieses Land weniger Güter und Dienstleistungen importieren könnte; andererseits wäre es aber auch in der Lage, seine Exporte günstiger auf dem Weltmarkt abzusetzen. Im Ergebnis würde der Marktprozeß – alles andere gleichbleibend – den Importüberschuß senken oder völlig beseitigen. Die USA sind aber nicht „jedes andere Land“ – sondern vielmehr die stolzen Besitzer der wichtigsten Reservewährung der Welt: des Dollar. Der größte Teil des Welthandels und der ausländischen Investitionen wird in Dollar abgerechnet. Das bedeutet, daß die wichtigsten Akteure in der Weltwirtschaft ein starkes Interesse daran haben, daß der Wert des Dollar an den ausländischen Devisenmärkten erhalten bleibt. Was geschieht, wenn die Welt zu der Ansicht gelangt, der Dollar sei deutlich überbewertet, wie es Mitte der achtziger Jahre der Fall war? Dann schließen sich die Zentralbanken und Finanzministerien der G 7-Staaten zusammen, bündeln ihre Kräfte, bringen den

Dollar langsam auf ein niedrigeres Niveau und stellen sicher, daß dadurch keine größeren Turbulenzen ausgelöst werden. Vom Ende der 80er Jahre bis in den April 1995 inszenierten die wichtigsten kapitalistischen Staaten eine Senkung des Dollarkurses, um seinem Kollaps vorzubeugen.

Dieses Spiel der Kräfte mündet in einen wachsenden Widerspruch von weltwirtschaftlicher Tragweite, mit dem sich die USA konfrontiert sehen. Auf der einen Seite kann die amerikanische Regierung in steigendem Maße die Stabilität der nationalen Ökonomie nicht nur durch das eigene Wirtschaftswachstum sicherstellen (was für viele andere Länder auch gilt), sondern auch durch das Wachstum der Weltwirtschaft (was für kein anderes Land zutrifft). Das Sozialprodukt der Weltwirtschaft wächst seit etwa fünf Jahren verhältnismäßig langsam: in der Europäischen Union ist das Wachstum schwach, in Japan ist es noch schwächer, in Südostasien ist es negativ und andere Regionen waren durch Finanzkrisen und Rezessionen nach 1997 niedergestreckt. Somit mußte die US-amerikanische Konjunktur, wie bereits angemerkt, schneller als üblich wachsen, um der schwachen Nachfrage der Weltwirtschaft entgegenzuwirken. Auf der anderen Seite erzwang das amerikanische Wirtschaftswachstum einen scharfen Anstieg sowohl der Verschuldung der Unternehmen und Haushalte als auch der Außenverschuldung der USA; letztere sind nun ein Schuldnerland, kein Gläubigerland mehr. Zusammengefaßt kann man also sagen, daß die USA das Wachstum der Weltwirtschaft durch eine Gefährdung der externen und der internen finanziellen Stabilität aufrechterhalten haben. Wie es scheint, sind die USA in der Lage, bis zu diesem Punkt und nicht weiter zu gehen, um das weltweite Wachstum zu fördern, ohne die Entwicklung des inländischen Sozialprodukts zu gefährden - und umgekehrt.

Heute üben nicht nur die Märkte einen größeren Druck auf den Dollar aus, der seit August 1998 gegenüber dem Yen und im Jahr 1999 gegenüber vielen anderen Währungen verloren hat; auch haben Asien und die Europäische Union ein größeres Interesse daran gewonnen, ihre eigenen Regionen zu entwickeln. Da die USA eine unipolare Welt aufrechterhalten wollen, lehnen sie diese Entwicklung ab. Die wirtschaftspolitisch Verantwortlichen in den USA, in Asien und in Europa scheinen sich nicht ganz klar darüber zu sein, ob sich die Weltwirtschaft genügend erholen kann, um durch steigende amerikanische Exporte den Druck vom Dollar zu nehmen.

Der Widerspruch zwischen den USA als dem wichtigsten Markt für die Weltwirtschaft und den USA als einer nationalen Ökonomie mit eigenen Stabilitätsanforderungen brach in Seattle offen aus. Auf der einen Seite kamen die USA mit dem Ziel nach Seattle, den Welthandel in einer Weise zu liberalisieren, die ihnen beim Export und bei ausländischen Investitionen Vorteile verschaffen würde. Dies könnte den Druck vom Dollar nehmen, eine angemessene Wachstumsrate der amerikanischen Ökonomie aufrechterhalten und somit das Risiko einer Überschuldung und einer möglichen Liquiditätskrise

abwenden. Jeder einzelne Punkt, den die USA auf die Tagesordnung der WTO setzen wollten, wie zum Beispiel das Ende der Agrarsubventionen in der EU und in Asien, die Liberalisierung der Dienstleistungen und die strikte Durchsetzung von Urheberrechten, hätte zuallererst den Außenhandel der USA begünstigt. Auf der anderen Seite wurden europäische Interessen wie etwa die Liberalisierung des Agrarhandels durch Abschaffung der US-amerikanischen Subventionen ignoriert. Ebenso wurde das Drängen der Regierungen aus dem Süden auf Maßnahmen zur Marktöffnung im Norden ignoriert, die sich auf eine Reform der amerikanischen Gesetze gegen das Lohn-Dumping beziehen und sich auf eine Förderung des Technologietransfers richten, die zum Beispiel mit Gesetzen über einen regionalen Anteil an der Wertschöpfung erreicht werden könnte. Die USA rückten ausschließlich ihre eigenen Interessen unter Ausschluß der europäischen und asiatischen in den Mittelpunkt. Dies rief den Widerstand der Regierungen aus dem Norden und aus dem Süden hervor. Die Weigerung, den Forderungen der USA nachzugeben, erzeugte zusammen mit dem Widerstand der Anti-WTO-Bewegung einen vollständigen Stillstand, der für die Ambitionen der USA und das neoliberale Projekt eine wirkliche Niederlage bedeutete.

Um den Dollar zu schützen und das inländische Finanzsystem, die Börsen eingeschlossen, vor Instabilitäten zu bewahren, versuchten die USA, zu den Verhältnissen zurückzukehren, die in der Periode zwischen den späten 80er Jahren und dem April 1995 bestanden, als die amerikanischen Auslandsmärkte stärker expandierten als die inländischen und daher als wichtigste Antriebskraft des amerikanischen Wirtschaftswachstums fungierten; dies alles vollzog sich ohne eine Abwertung des Dollar. Ein Blick auf die einzelnen Aggregate des Sozialprodukts zeigt, wie wichtig eine, den amerikanischen Interessen folgende Liberalisierung des Welthandels für die US-amerikanische Regierung und das US-amerikanische Kapital ist. Der gegenwärtige, auf die Konsumausgaben gestützte Boom kann nicht beliebig lange aufrechterhalten werden, obwohl er schon zwei Jahre länger dauert, als beinahe jeder erwartete. Das Wachstum der Investitionen während der letzten vier Jahre war zwar kräftig, aber nicht riesig: Die neuen Investitionsausgaben für Bauten und Ausrüstungen wuchsen zwischen 1996 und 1999 um 100 Mrd. Dollar pro Jahr auf einen Gesamtbetrag von 1,2 Billionen Dollar, der zumeist auf Hochtechnologie und Informationstechnologie entfiel. Fortdauernde Überkapazitäten in vielen Sektoren der Weltwirtschaft, wie in der Automobil- und der Stahlindustrie, entmutigen die Investoren und verhindern einen Investitionsboom; daher expandieren die Großunternehmen gegenwärtig hauptsächlich durch Fusionen und durch den Kauf anderer Unternehmen als durch den Bau zusätzlicher Fabriken. Höhere Zinssätze, höhere Löhne und Sozialabgaben und höhere Preise für Rohstoffe und Energie dämpfen zudem die Investitionsneigung. Ohne einen Bruch in der neoliberalen Fraktion des Kongres-

ses, die auf einem ausgeglichenen Haushalt insistiert, kann von den Staatsausgaben kein wesentlicher Impuls für die Binnennachfrage erwartet werden. Die einzige Möglichkeit für die USA, gleichzeitig ihr wirtschaftliches Wachstum aufrechtzuerhalten, den Dollar zu verteidigen und die Stabilität des inländischen Finanzsystems zu sichern, liegt – so scheint es – in der Liberalisierung des Welthandels und der Expansion der US-Exporte.

Während die amerikanische Regierung versuchte, den Rest der Welt von der Notwendigkeit zu überzeugen, den Handel für US-Exporte zu öffnen, wurden in der EU und in Asien Schritte unternommen, das regionale Wachstum und den regionalen Handel zu fördern, um auf diese Weise die Abhängigkeit vom US-Markt zu reduzieren. Die einfache Wahrheit besteht darin, daß die EU, Asien und weniger bedeutende Wirtschaftsmächte sich einfach weigern, im Interesse eines Wachstums der Weltwirtschaft zu agieren. Zum einen glauben sie, daß die Wirtschaft der USA als einzige groß genug und in der Lage ist, die Weltwirtschaft in Schwung zu bringen, und zum andern haben sie einfach andere Vorstellungen über die Zukunft. Eine davon besteht darin, regionale Ökonomien zu entwickeln: einen Wirtschaftsraum etwa, der Japans leistungsfähiges Finanzierungssystem, Chinas riesiges Arbeitskräftepotential und die weit ausgedehnten, noch zu entwickelnden asiatischen Märkte umschließt; oder Deutschland und die EU, deren Einfluß auf dem Balkan, in Osteuropa und Rußland zunimmt; dabei unternehmen diese Regionen oder Länder alle Anstrengungen, um möglichst viele unilaterale Geschäfte anzubahnen, wie etwa das Engagement Deutschlands und der EU im Handel mit Mexiko und ihre ökonomische Offensive in Asien zeigen.

Die Krise von Seattle war somit nicht nur das Ergebnis der Widersprüche im kapitalistischen Weltsystem, sondern auch ein Ausdruck dafür, wie die wirtschaftlich wichtigsten Regionen der Welt darauf reagierten. Intensivere Auseinandersetzungen in Europa und Asien über eigenständige Entwicklungspfade setzen zwar die bisherige Politik fort; betrachtet man diese Bestrebungen jedoch im Zusammenhang mit der Konferenz von Seattle, auf der die USA zuallererst Dank für ihre Rolle als Lokomotive der Weltkonjunktur erwarteten, dann aber nur schmähhliche Kritik erteten, so erhalten die Schritte in Richtung einer Regionalisierung und einer multipolaren Welt möglicherweise eine größere Bedeutung für die Zukunft als jemals zuvor.

3. Was wurde in Seattle geklärt?

Die internationalistische Rhetorik von Seattle war außerordentlich, was man von der Praxis hingegen nicht behaupten kann. Nehmen wir zum Beispiel den Streit zwischen dem Gewerkschaftsbund AFL-CIO und den Internationalisten. Der Dachverband der Gewerkschaften formuliert einen „neuen Internationalismus, der sich darauf konzentriert, eine auf die internationale Soli-

darität gegründete Politik für die Umwelt und die Arbeiter zu entwickeln“. Tatsächlich wollte die AFL-CIO internationale Standards für die Arbeitsbedingungen mit der WTO durchsetzen; sie organisierte zahlreiche Kampagnen gegen die *sweatshops* und für die gewerkschaftliche Organisation und Solidarität, aber ebenso unternahm sie zahlreiche Versuche, China aus der WTO herauszuhalten. Welchen Sinn ergibt es, wenn man für die Einhaltung globaler Arbeitsstandards kämpft und dann eines der Ländern ausschließt, das diese Standards am dringendsten benötigt? Die amerikanischen Arbeiter fürchten selbstverständlich, daß sie von den chinesischen Arbeitern im Weltmarkt unterboten werden, und die Grünen befürchten, daß eine expandierende Produktion in einem Land mit einer nur schwach ausgeprägten Umweltschutzgesetzgebung die Lage nur verschlimmern werde: die globale Erwärmung, die Erschöpfung der Ressourcen und der Verlust der Artenvielfalt würden schneller voranschreiten und so weiter. Offenbar wurde aber der Umstand nicht berücksichtigt, daß China als Mitglied der WTO viel eher in der Lage wäre, eine bessere Arbeits- und Umweltpolitik zu entwickeln.

Betrachten wir das wichtige Beispiel des Technologietransfers vom Norden in den Süden; dabei handelt es sich für die Regierungen des Südens um einen wichtigen Punkt, dem in den letzten Jahrzehnten vom Norden eine größere Beachtung geschenkt wurde. In unserem Beispiel geht es um den Technologietransfer im Zusammenhang mit den lokalen Wertschöpfungsanteilen für China. Die Internationalisten unterstützen die Forderung Chinas nach lokalen Anteilen an der Wertschöpfung bei der Produktion von Großraumflugzeugen, weil sie von solchen Regeln eine Umverteilung des technologischen Wissens, des Fixkapitals und – möglicherweise – des Wohlstands vom Norden in den Süden erwarten – also von Boeing und Seattle nach China. Die Gewerkschaften und die Grünen wenden sich gegen diese Regelungen, weil sie ihre guten Jobs im Norden nicht gegen schlechte Jobs in China tauschen wollen. Warum sollten sie auch?

Man beachte, mit welchen Argumenten jede Seite das verteidigt, was sie für eine gerechte Position erachtet. Die Gewerkschaften bringen vor, daß es keine Gründe dafür gibt, daß die Arbeiter im Norden die über viele Jahrzehnte des Kampfes erreichten Verbesserungen der Standards aufgeben sollten, damit die chinesische Regierung ihre Arbeiter besser ausbeuten kann, wobei die chinesischen Arbeiter nur einen geringen sozialen und rechtlichen Schutz genießen und die Situation bei den Menschenrechten noch schlechter ist. Eine gewerkschaftliche Unterstützung für die Regelung der regionalen Wertschöpfungsanteile hätte offenbar selbstzerstörerische Züge. Auf der Seite der Internationalisten stellt sich die Frage, warum der reiche Norden die Luftfahrttechnologie, die Produktionsanlagen und die Arbeitsqualifikation monopolisieren sollte? Wenn Boeing Flugzeuge in China verkaufen will, so wird argumentiert, dann sollte das Unternehmen auch bereit sein, einige seiner

Produktionskapazitäten nach China zu verlagern. Eine Weigerung von Boeing würde die Ungleichheiten im Verhältnis zwischen dem Norden und dem Süden nur verfestigen, so daß die Schwierigkeiten für den Süden um so größer würden, sich zu industrialisieren. Wollen wir China wirklich davon abhalten, von einem Fertigungsstandort kapitalistischer Unternehmen für die exportorientierte Produktion sich zu einem Land zu entwickeln, das eine ausgewogenere und besser integrierte Ökonomie besitzt? Die Antwort auf diese Frage ergibt sich von selbst. (Das ökologische Argument, daß die Welt keine weiteren Großraumflugzeuge mehr benötigt, ist nur dann schlüssig, wenn nicht nur der Süden, sondern auch der Norden auf ihre Produktion verzichtet.)

Die Arbeiter von Boeing könnten sagen: „Wir sind nicht gegen die Industrialisierung in China oder irgendwo sonst auf der Welt, aber wir sind diejenigen, die unter den negativen Folgen des Technologietransfers zu leiden haben werden.“ Die Internationalisten erwidern darauf: „Ihr müßt nicht den gesamten Verlust selbst tragen. Nehmt an unserer Bewegung teil, und wir können politisch durchsetzen, daß der Verlust in Form von höherem Arbeitslosengeld, besseren Weiterbildungsprogrammen und Investitionen in den Umweltschutz, die von der Regierung unterstützt werden, von der gesamten Gesellschaft getragen werden muß.“ Auf die Frage jedoch, wie dies alles politisch erreicht werden soll, gibt es keine positive Antwort. Die kompensatorischen Maßnahmen, die den vertriebenen Arbeitern und den verarmten Kommunen im Rahmen der NAFTA angeboten wurden, erwiesen sich als schlecht und ungenügend, weil es keine Bewegung und keine politische Partei gab, die willens und fähig war, ein ernstzunehmendes Kompensationsprogramm durchzusetzen. Die einzigen Länder, die in der Vergangenheit auf systematische Weise versuchten, die regionalen und sektoralen Ungleichheiten aufzufangen und zu mildern, waren die UdSSR, Jugoslawien und einige andere ehemals sozialistische Staaten, die sich einem Programm zur Verminderung der Ungleichheit verpflichtet fühlten. Zu den teilweisen Ausnahmen gehört auch die EU mit ihren sozialdemokratischen Parteien und die Gewerkschaften sowie Japan.

Woher kommt die Uneinigkeit zwischen den Gewerkschaften und den Internationalisten? Warum können sie diese Streitfrage noch nicht einmal diskutieren? Der entscheidende Grund liegt wohl darin, daß die Gewerkschaften sich gegenüber Boeing, der US-amerikanischen Regierung und der WTO als *free rider* verhalten, denn die Regeln der letzteren schließen regionale Wertschöpfungsanteile aus; auf der anderen Seite verhalten sich die Internationalisten als *free rider* gegenüber der chinesischen Regierung und anderen Regierungen des Südens, die solche Wertschöpfungsanteile generell befürworten. Wenn die politische Organisierung und die ideologische Einheit fehlen, um eine *unabhängige* Position zu den Problemen der Regulierung der Arbeit und des Umweltschutzes, zu den Nord-Süd-Beziehungen und anderen Fragen zu entwickeln, und man sich stattdessen als Trittbrettfahrer einer oder mehrerer

anderer Parteien verhält, die an diesem Streit beteiligt sind, dann werden die eigenen Intentionen den Zielen der anderen Parteien untergeordnet. Dies geschah einige Wochen nach der Konferenz von Seattle, als die Gewerkschaften und die Grünen sich entschieden, daß das „nächste Ziel“ China sei und nicht die WTO, wodurch die fragile Einheit zwischen der gewerkschaftlichen Position und der internationalistischen innerhalb der Anti-WTO-Bewegung ausgehöhlt wurde. Es ist kein Zufall, daß eine führende Gruppe der Internationalisten sich entschloß, nicht China selbst zum Gegenstand der politischen Arbeit zu erklären, sondern das global operierende Kapital, welches das Niedriglohnland China als Fertigungsstandort für seine weltmarktorientierte Produktion benutzt, wohingegen eine andere Gruppe zunächst den Versuch unternimmt, die WTO zu reformieren, und erst wenn dies scheitern sollte, für eine Abschaffung der WTO agitieren will – womit die Welt wieder beim GATT angelangt wäre.

Während also die Arbeiter bei Boeing sich den von China geforderten Wertschöpfungsanteilen widersetzen, um die bislang erreichten Verbesserungen und ihre gegenwärtigen Jobs zu schützen, ist das Unternehmen Boeing gegen diese Regeln, um die Kontrolle über die Flugzeugtechnologie und den Flugzeugbau innerhalb der USA zu halten. Die US-Regierung wendet sich aus demselben Grund gegen diese Regeln und möchte darüber hinaus den Kurs der industriellen Entwicklung in China in eine bestimmte Richtung steuern. Ein Votum der Gewerkschaften erscheint in diesem Zusammenhang als „Unternehmensvotum“ und zugleich als „Regierungsvotum“. Auf der Gegenseite ist es aber so, daß die Internationalisten gegen das nationale Monopol der Firma Boeing beim Bau von Großraumflugzeugen mit dem Ziel opponieren, die Arbeiter und die Entwicklung des Südens besserzustellen, während die chinesische Regierung die Regelung der Wertschöpfungsanteile fordert, um ihre eigene Macht zu erweitern. Wenn man der Juniorpartner einer Partei ist, welche die gleichen schönen Dinge fordert, wie man selbst, aber aus den falschen Gründen, dann wird man sich dabei aufreiben, Positionen zu vertreten, die man eigentlich ablehnt.

Um es zu wiederholen: Dies ist so, weil die Arbeitervertreter – und die Grünen – und insbesondere die Internationalisten nur eine verschwindend geringe *unabhängige* Macht sowohl innerhalb als auch außerhalb der WTO besitzen. In dieser Auseinandersetzung haben Boeing und die US-Regierung Macht und – auf der Gegenseite – die Eliten der südlichen Staaten und die herrschende Klasse in China. Das führt in ein eigenartiges Dilemma: Wenn sich die Gewerkschaften auf die Seite von Boeing und anderen stellen, dann beziehen sie eine Position gegen die Umverteilung von Technologie und Kapital nach China; wenn die Internationalisten sich gegen Boeing und andere Firmen stellen, dann stehen sie den Eliten des Südens gegen die Arbeiter des Nordens zur Seite.

Weder die Gewerkschaften noch die Internationalisten entscheiden über die Voraussetzungen und die Bedingungen, unter denen die Debatten geführt werden. Wie bereits hervorgehoben wurde, sind beide *free riders*, die versuchen, ihre Sicht der Dinge in die tatsächliche Debatte und die wirkliche Auseinandersetzung zwischen dem Großkapital und den Nationalstaaten einzuspeisen. Solange es andere Kräfte sind, die bestimmen, in welchem Rahmen sich die Diskussion bewegt, werden sich die Gewerkschaften und die Internationalisten (und die Grünen) nicht auf einen gemeinsamen Katalog von Forderungen einigen können. Wenn beide oder alle drei Fraktionen in der Lage wären, ihre eigene Position unabhängig von der „offiziellen“ und hegemonialen Linie zu formulieren, dann könnte „unsere Seite“ in diesen Auseinandersetzungen ihre Differenzen diskutieren und sich auf einen Kompromiß einigen, denn die Gewerkschaften kümmern sich in der Tat um die Arbeitsplätze, um die wirtschaftliche und soziale Entwicklung und um die Rechte der Arbeiter und die Umweltbedingungen in China; die Internationalisten wollen eine Verbesserung, nicht jedoch eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen bei Boeing. Beide - oder alle drei - Fraktionen könnten sich auf eine Strategie für den Technologietransfer nach China verständigen, die in beiden Teilen der Welt die Beschäftigung, die Löhne, die Rechte der Arbeiter und den Umweltschutz voranbringen würden. Wie sieht die Lage aber gegenwärtig aus? Anstelle einer unabhängigen Bewegung in der Auseinandersetzung mit der WTO finden wir bislang nur Trittbrettfahrer: die einen bei Boeing, die anderen bei der chinesischen Regierung.

Die Widersprüche in der ökonomischen und politischen Konstellation, die oben angesprochen wurden, verweisen darauf, daß durch die Allianz, die in Seattle erreicht wurde, nichts wirklich geklärt wurde, die relevanten Probleme haben sich eher verkompliziert. Der überwiegende Teil der Gewerkschaften und der Grünen ließ in Seattle die Internationalisten hinter sich zurück, kehrte in jenen sicheren Hafen für die Lobbyisten der Grünen und der Gewerkschaften zurück: Washington D.C. Sie rückten ohne große öffentliche Diskussion mit dem „nächsten Ziel der Bewegung“ heraus. Die Gewerkschaften und die Grünen setzen an die Stelle der WTO nun China als ihren Hauptfeind, anstatt die WTO weiterhin im Visier zu halten. Sie haben es geschafft, ihre Verbündeten bei der Konferenz von Seattle in Gegner zu verwandeln. Zu ihren Verbündeten kann man all jene zählen, die nicht nur regionale Wertschöpfungsanteile fordern, sondern auch die Bauern und die „indigenen Völker“ gegen den Imperialismus des Nordens und der WTO verteidigen.

4. Konsequenzen aus dem Fehlen einer unabhängigen Politik

Die Grünen möchten nicht, daß die EU das hormon-behandelte Fleisch und die genetisch veränderten Soyabohnen aus den USA kaufen muß. Das *Agro-*

business der USA besteht darauf, daß diejenigen Waren, die gut für die USA sind, auch für den Rest der Welt gut genug sein sollten. Die Grünen streben an, für Produkte dieser Art auch in den USA eine Auszeichnungspflicht einzuführen. Mittlerweile ist es aber so, daß die EU und die USA sich weigern, die staatlichen Subventionen für ihre Landwirtschaften abzuschaffen, wobei man davon ausgehen kann, daß beide Regionen einen großen Überschuß an Lebensmitteln erzeugen, der an den Weltmärkten verkauft werden soll; auf diese Weise ist die Landwirtschaft in beiden Ländern bedroht und darüber hinaus die Existenz unzähliger kleiner Landwirte im Süden. Wie begründet die EU ihre Subventionen? Die Europäer argumentieren, daß der Schutz ihrer Landwirtschaft nicht nur ökonomischen, sondern auch sozialen Zielen sowie dem Umweltschutz diene. Die EU betrachtet ihre Unterstützungszahlungen als einen Weg, um das Leben auf dem Lande und in den kleinen Städten zu bewahren, die Wasser- und Bodenqualität zu sichern und die Landschaft zu pflegen. Wie bereits erwähnt, kämpfen die USA – das einzige Land, das die Subventionen für die Landwirtschaft heraufgesetzt hat – einen immer härter werdenden Kampf mit der EU, und werfen ihr vor, daß ihre „Politik der Bewahrung“ nur Handelsschranken aufrichte und daher abgeschafft werden müsse. Es heißt, daß es in der EU sieben Millionen Landwirte gibt, die ungerechtfertigt auf versteckte oder offene Weise subventioniert werden, und daher sowohl in Europa als auch auf den Märkten dritter Länder in einen unfairen Wettbewerb mit der amerikanischen Landwirtschaft eintreten. Und wie rechtfertigen die USA *ihre* eigenen Subventionen? Die amerikanische Landwirtschaft werde benötigt – so heißt es –, um die „hungrige Welt zu ernähren“. Die Kritik lautet, daß die EU-Politik die Lebensmittelpreise hoch hält und daher der Lebensmittelverbrauch im Süden niedrig sei. In diesem Streit stellt sich ebenfalls die Frage, auf wessen Seite man sich stellen soll. Beide Seiten lügen, aber wenn ich vor die Wahl gestellt wäre, würde ich mich auf die Seite der EU stellen, weil deren Lügen weniger unangenehm sind und meinen Vorurteilen entgegenkommen.

Warum sollte man sich aber überhaupt auf die Seite der USA oder der EU stellen? Der pragmatische Grund besteht darin, daß die Debatte zwischen den USA und der EU die einzige wesentliche Debatte dieser Art ist: Wenn man gehört werden möchte, dann muß man auf einer der beiden Seiten in die Auseinandersetzung eintreten. Die ökologisch und sozial wünschenswerte Lösung bestünde allerdings darin, die Ressourcen umzuverteilen, eingeschlossen die Arbeit, die gegenwärtig dazu verwendet wird, um das Vieh mit zweifelhaften Substanzen zu mästen und, mit unabsehbaren langfristigen Folgen, genmanipuliertes Getreide anzubauen, und stattdessen eine ressourcenschonende, alternative Landwirtschaft zu entwickeln. Ein rot-grüner Plan, der darin bestünde, die Subventionen für die herkömmliche Agrikultur zu benutzen, um in großem Umfang in eine alternative Agrikultur zu investieren, würde in

einem Streich die schlechte Agrikultur beseitigen und eine alternative Landwirtschaft fördern. Hohe Investitionen in einen solchen Typus von Agrikultur sind nötig, um steigende Skalenerträge zu erreichen, die es ermöglichen, mit der üblichen, auf die chemische Industrie angewiesenen, Landwirtschaft zu konkurrieren. Die Elemente eines solchen Planes waren jedoch in den Diskussionen der Internationalisten nur in fragmentarischer Weise vorhanden. Ohne eine unabhängige politische Bewegung wird ein solcher Plan nur Wunschdenken bleiben.

Wenn überhaupt, dann haben nur wenige Kommentatoren die großen Widersprüche analysiert, die bei der Festlegung und der Durchsetzung der WTO-Regeln auftreten. Man betrachte das Beispiel der japanischen Schutzbestimmungen gegen Rückstände von Pestiziden in Lebensmitteln. Die US-amerikanischen Produzenten erklären, daß solche Standards ungerecht seien und ihre Exporte nach Japan verminderten. Die WTO stimmte diesem Einwand zu und erklärte die japanischen Standards zu Handelsbarrieren. Hier stolpert die WTO tatsächlich in beträchtliche konzeptuelle Schwierigkeiten. Sie trifft keine klare Unterscheidung zwischen Bestimmungen, welche lediglich zum Schutz lokaler Produzenten vor ausländischer Konkurrenz getroffen werden, und Gesetzen, die der öffentlichen Gesundheitsvorsorge gelten und ebenfalls als Handelshemmnisse wirken können. Es dürfte schwierig sein zu entscheiden, welche Motivation im einzelnen Fall den Ausschlag gegeben hat.

Im Welthandel ist von einer ethischen Bindung des Handelns wenig zu spüren. Beim Handel geht es grundsätzlich darum, daß beide Seiten ihren größtmöglichen Vorteil erhalten wollen. Man erwartet Schwindeleien, und in der Geschäftswelt gibt es nichts rührenderes als einen zart besaiteten Verkäufer. Die Wirtschaftswissenschaftler versuchen uns einzureden, daß dieser Mangel an ethischer Bindung des Handels dadurch kompensiert werde, daß die unsichtbaren Hände des Marktes alles so einrichteten, daß alle nach dem Austausch besser gestellt seien als vorher, wenn jeder einzelne nur seinen eigenen Interessen folgt. Nichtsdestoweniger lautet die Wahrheit über den Kapitalismus, daß Handel und Konkurrenz im Markt die Methoden sind, durch welche die Privateigentümer das gesellschaftliche Verbot des Diebstahls überwinden. Die Daten der WTO, die sich auf die Rückstände von Pestiziden beziehen, sind daher wohl ziemlich bedeutungslos. Die japanische Regierung unterläuft die Spielregeln ebenso wie die USA und die WTO. Es kommt nicht so sehr darauf an, wer Recht hat, sondern darauf, wer Macht hat und wer nicht. Die USA haben der Welt die Regelungen der WTO aufgezwungen, nicht umgekehrt.

Was hätte also eine unabhängige Bewegung in diesem Falle zu tun? Nichts! Die WTO zerstört sich selbst und unterdessen wird ihre Tagesordnung um viele Streitfragen und Beschwerden erweitert, bis diese Organisation schließlich mit Problemen so überfrachtet ist, daß sie funktionsunfähig wird.

Die Anti-WTO-Bewegung in den USA ist eine Koalition aus organisierter Arbeiterbewegung (den „Roten“), organisierter Umweltschutzbewegung (den „Grünen“) und den Internationalisten (den „roten Grünen“). „Rot“ bedeutet hier die Umverteilung des Reichtums in seiner kapitalistischen Form, nämlich in der Warenform. „Grün“ bezeichnet den Kampf um die Neudefinition des kapitalistischen Reichtums in einer ökologisch verträglichen Form. „Rot-Grün“ bezieht sich auf den gleichzeitigen Kampf zur Umverteilung und Neudefinition des Reichtums – auf die Forderung nach Gleichheit und Nachhaltigkeit der Entwicklung; diese Forderung schließt Elemente des roten und des grünen Denkens in einem Projekt zusammen, das sowohl den Gewerkschafts- als auch der Umweltschutzbewegung überlegen ist und über diese hinausweist. Das „rote Element“ im Kampf der Internationalisten besteht in der Umverteilung des Reichtums vom Kapital zur Arbeit, von den Reichen zu den Armen, vom Norden in den Süden; das „grüne Element“ der Internationalisten findet sich in dem Versuch, ökologische Gesellschaften aufzubauen, in denen der Tauschwert dem Gebrauchswert untergeordnet wird.

Dieses Schema ist zwar einfach, aber nicht einfältig. Man berücksichtige beispielsweise die Koalition aus der organisierten Arbeiterbewegung und den Internationalisten. Ein wichtiges Ziel besteht darin, die Löhne und die Arbeitsbedingungen im Süden zu verbessern. Die Internationalisten betrachten dies als einen moralischen Kreuzzug, der in klaren Vorstellungen über die Rechte der Arbeiter und in den Menschenrechten verankert ist, während die organisierte Arbeiterbewegung diesen Kampf um bessere Arbeitsbedingungen als gute Gewerkschaftsarbeit in einem weltweiten Maßstab ansieht. (Diese Entgegensetzung bedeutet natürlich nicht, daß Gewerkschafter keine moralischen Überzeugungen und die Internationalisten keine Interessen hätten.) Dieser Kampf beruht sowohl auf kulturellen Werten als auch auf eigenen Interessen – wie ein Sprecher der Gewerkschaften es formuliert hat. Es ist aber klar, daß die Grenzen der gewerkschaftlichen Organisation auch den Bestrebungen der Internationalisten nach Umverteilung des Reichtums definitive Grenzen setzen. Ich kenne kein Beispiel dafür, daß die Gewerkschaften die Forderung nach einem Technologietransfer von Nord nach Süd unterstützt hätten.

Der internationalistische Flügel der Anti-WTO-Bewegung hat die seltene Chance, einen anderen Weg zu finden, der aus diesen Schwierigkeiten herausführt. Denn nur die Internationalisten (vertreten durch das *Direct Action Network* und andere Gruppen) haben die Fähigkeit zum unabhängigen Handeln und sind daher in Lage, Alternativen zu entwickeln. Ohne die politische Unabhängigkeit ist keine radikale Alternative möglich; ohne eine radikale Alternative kann es aber auch keine reale politische Unabhängigkeit geben. Was fehlt, ist die Organisation.

Übersetzung aus dem Amerikanischen: Klaus Schabacker